

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Defibrillatoren in Gebäuden des Magistrates bzw. Defibrillatorenplan der Stadt Graz

GRin. Mag.^a **Ennemoser** und GR. **Hohensinner** stellen folgenden Antrag:

GR. **Hohensinner**: Bei der Reanimation gibt es nur wenige Maßnahmen, welche wirksam helfen. Die Defibrillation ist eine davon. Die moderne Technik der Ersthelferdefibrillation erhöht die Überlebenschance.

Je länger es dauert, bis die Defibrillation erfolgt, desto geringer sind die Erfolgsaussichten des Betroffenen. Rund 10.000 Menschen sterben in Österreich jedes Jahr am plötzlichen Herztod. In ca. 70% dieser Fälle ist der Grund für einen Herzstillstand das „Kammerflimmern“, das nur durch einen Defibrillator unterbrochen werden kann. Bei Kammerflimmern ist jede Minute, bis ein Defibrillator zur Anwendung kommt, kostbar – die Überlebenschancen bei Kammerflimmern sinken von anfänglich in etwa 70 % mit jeder Minute um 10 %, sodass selbst bei durchschnittlicher Einsatzzeit eines Notarztes von 10 Minuten nur mehr ein einstelliger Prozentsatz aller Patienten erfolgreich reanimiert werden kann.

Obwohl durch den Einsatz von halbautomatischen Defibrillatoren inzwischen unzählige Menschenleben gerettet werden konnten, sind dennoch an vielen Orten noch keine Defis verfügbar. Hier im Rathaus gibt es einen Defi, jedoch ist dieser beim Rathausportier. Wenn man sich nun vorstellt, man will einem Menschen im dritten Stock helfen oder im zweiten, wo wir sitzen, vergehen wertvolle Minuten, bis man den Defi bereit hat und wenn der Portier gerade seine Überprüfungsrunde macht, verringert sich die Chance zu helfen immer mehr. Bitte um Aufmerksamkeit, es ist ein wirklich wichtiges Thema.

Daher wäre es ratsam, in jedem Stock der Amtsgebäude einen Defi zu installieren beziehungsweise strategisch günstige Punkte auszuloten, wo man die Defi schnell erreicht.

Dieses Problem hat das Rote Kreuz aber nicht nur hier im Rathaus, sondern ist dem Roten Kreuz kaum bekannt, wo sich ein Defi sonst in Graz befindet. Viele Firmen und öffentliche Institutionen haben bereits einen Defi. Ein Defibrillatorenplan für die Stadt Graz wäre eine wesentliche Erleichterung für das Rote Kreuz und mitunter auch lebensrettend.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

und das vor allem gemeinsam mit meiner Kollegin Verena Ennemoser, die den Antrag auch ausgearbeitet hat:

- 1) Das Gesundheitsamt wird beauftragt, in allen Magistratsgebäuden Stellen zu ermitteln, an welchen – zusätzliche – Defis gut erreichbar angebracht werden können und bis zum Herbst 2010 dem Gemeinderat einen Kostenplan für die Anschaffung der Geräte vorzulegen;

- 2) weiters wird die Magistratsdirektion beauftragt auszuloten, inwieweit Abteilungen der Stadt Graz, zum Beispiel Gesundheitsamt, Baudirektion, Bau- und Anlagenbehörde, Wirtschaftsabteilung und andere, das Rote Kreuz bei der Erstellung eines Grazer Defiplanes unterstützen können.

Danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stvin. Rucker übernimmt um 17.10 Uhr den Vorsitz.

GR. Mag. **Mariacher** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Damen und Herren, lieber Kurt! Das Thema der Defibrillation ist natürlich in den letzten Jahren ein aktuelles geworden, da gebe ich dir durchaus Recht. Größer als die technische Ausstattung in Räumlichkeiten, in Amtsgebäuden, in Bürogebäuden mit diesem Gerät und auch mit Verbandsmaterial und all diesen Dingen, die man für die akute Schmerz- oder akute Wundenversorgung braucht, ist allerdings, dass sich Menschen dort befinden, die wirklich im Ernstfall helfend eingreifen können. Der Mensch steht also auch in diesem Punkt im Mittelpunkt und wir möchten daher diesen Antrag der ÖVP um einen Zusatzantrag ergänzen, nämlich dahingehend unter Punkt 3), das Gesundheitsamt wird beauftragt in allen Bereichen des Magistrates, in denen Defibrillatoren angebracht werden sollen, zu prüfen, ob eine genügende Anzahl an Mitarbeitern in die richtige und gewissenhafte Handhabung der Defibrillation sowie zur weiteren Ersthilfemaßnahmen vorhanden ist und im Ernstfall zur Verfügung stehen. Alles Weitere macht keinen Sinn, weil man sich wissentlich mit diesem Gerät nicht nur sich selber, sondern den Patienten auch verletzen kann, wenn die Handhabung nicht ordnungsgemäß gemacht wird. Diesen Zusatzantrag bringen wir ein. Dankesehr.

GRin. **Haas-Wippel**: Wir von der sozialdemokratischen Fraktion stimmen sowohl der Dringlichkeit als auch dem Antrag zu.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GRin. Mag.^a **Ennemoser** zum Antrag: Ihr habt alle auch heute ein kleines Sackerl, nicht alle, es ist nicht ganz ausgegangen, auf euren Plätzen gehabt und es war nicht, wie vom Kollegen Gerald Grosz jetzt eine Anspielung mit dem Verbandskasten,

sondern das war eine Spende vom Kollegen Gemeinderat René Schönberger. Dort drinnen ist ein Ersthilfetücherl, das man auch bei der Ersthilfe braucht, und die ÖVP, wir haben alle miteinander einen Rot-Kreuz-Kurs gemacht und haben bereits Defibrillatoren ausprobiert, das ist ein ganz einfaches Mittel, das anzuwenden ist und es wird auch eine (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) Adresse zur Verfügung gestellt, es ist ganz, ganz wichtig für das Rote Kreuz zum Beispiel, wenn ein Ersthelfer anruft beim Roten Kreuz und sagt, ein Herzinfarkt, das ist ein ganz ein wichtiges Mittel, dass man genau weiß, das Rote Kreuz, wo ein Defibrillator ist, weil es um Minuten geht und daher stellen wir auch in Zusammenarbeit mit dem Roten Kreuz eine Adresse zur Verfügung, wo alle Defibrillatoren genannt werden können. Ich danke (*Applaus ÖVP*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Der Zusatzantrag, der jetzt zur Abstimmung kommt, ist der vom Herrn Gemeinderat Mariacher eingebrachte. Ich versuche ihn zusammenzufassen, es geht darum, dass auch sichergestellt wird an den Dienststellen, wo ein Defibrillator angebracht wird, dass dort die entsprechende Anzahl von Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen auch geschult ist, damit umzugehen.

Der Zusatzantrag von GR. Mag. Mariacher wurde einstimmig angenommen.

3) Ferialverfügung 2010

GR. Mag. **Frölich** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Frölich**: Im Zusammenhang mit der Ferialermächtigung 2010 darf ich namens der im Stadtsenat vertretenen Fraktionen folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g

stellen. Der Gemeinderat wolle beschließen:

Da vom 25. Juni bis 22. September 2010 keine Sitzungen des Gemeinderates stattfinden, wird der Stadtsenat gemäß § 45 Abs. 5 des Statutes für diese Zeit zur Beschlussfassung über Angelegenheiten, die dem Gemeinderat gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 1, 4 bis 10, 15 und 16 vorbehalten sind und deren Erledigung ohne Nachteil für die Stadt oder für einen Beteiligten keinen Aufschieb duldet, ohne Vorberatung in den zuständigen Gemeinderatsausschüssen gegen nachträgliche Mitteilung an den Gemeinderat ermächtigt. Unter gleichen Voraussetzungen wird gemäß § 5 Abs. 3 des Organisationsstatutes für die Geriatrischen Gesundheitszentren, der Verwaltungsausschuss für die Geriatrischen Gesundheitszentren sowie gemäß § 5 Abs. 3 des Organisationsstatutes für die Wirtschaftsbe5riwebe der Stadt Graz und gemäß § 5 Abs. 4 des Organisationsstatutes für das Grazer Parkraumservice der Verwaltungsausschuss für die Wirtschaftsbetriebe und das Grazer Parkraumservice zur Beschlussfassung über Angelegenheiten ermächtigt, die dem Gemeinderat gemäß dem jeweiligen Organisationsstatut vorbehalten sind. Ich bitte um Annahme.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

3) EuGH-Urteil/gemeindeübergreifende Kooperationen

GRin. Mag.^a **Bauer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. Mag.^a **Bauer**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe ein jüngstes EuGH-Urteil zum Anlass genommen, um heute einen dringlichen Antrag hier einzubringen. Wie Sie ja alle wissen, ist es ja nicht sehr einfach für Kommunen, Leistungen selbst zu erbringen beziehungsweise es ist auch schwierig, in Kooperation mit anderen Gemeinden Leistungen zu erbringen, weil hier die Vergaberichtlinien strikte Regelungen vorsehen. Nunmehr, vor etwa drei/vier Wochen ist ein EuGH-Urteil ergangen und hier wurde klargestellt, dass es Kommunen demnach leichter sein soll, Dienstleistungen kooperativ zu erbringen und damit die Organisation öffentlicher Aufgaben gemeinsam für ihre Bürgerinnen und Bürger anzubieten. Diese Kooperationen unterliegen nicht dem Vergaberecht und ich möchte hier im dringlichen Antrag den Bereich der Abfallwirtschaft herausgreifen und die zuständige Stadträtin Vizebürgermeisterin ersuchen, die Leistungen, die in Kooperation mit Nachbargemeinden oder anderen Abfallwirtschaftsverbänden erbracht werden können, ausfindig zu machen und uns dazu einen Bericht zu erstatten. Im Konkreten, es steht natürlich auch dahinter, dass die Abfallentsorgung eine wesentliche Leistung der öffentlichen Hand ist, dass wir natürlich unsere Anlagenkapazitäten bestens auslasten sollen, um nicht zuletzt die Gebühren für die Bürgerinnen und Bürger niedrig zu halten. Es geht somit darum und hier stelle ich seitens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

dringlichen Antrag:

Die für die städtischen Entsorgungsleistungen zuständige Bürgermeister-Stellvertreterin Lisa Rücker wird beauftragt, in Konsequenz aus dem im Motivenbericht angesprochenen EuGH-Erkenntnis prüfen zu lassen, ob und wenn ja, unter welchen Voraussetzungen Abfallentsorgungsleistungen

abfallverbandsübergreifend beziehungsweise gemeindeübergreifend kooperativ erbracht werden können und darüber hinaus uns bis Ende des Jahres einen Zwischenbericht vorzulegen beziehungsweise dann einen im Zuge der Reform auch den Beteiligungsausschuss Bericht zu erstatten.

StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 17.25 Uhr den Vorsitz.

Bgm.-Stvin. **Rücker** zur Dringlichkeit: Wir stimmen (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) der Dringlichkeit und auch dem Antrag zu, es ist so, dass im Zuge der Reform ja eine Zusammenführung aller Agenden der Abfallwirtschaft stattgefunden hat. Ein erster Blick innerhalb der Reform war natürlich ganz stark, was die inneren Synergien sind, ein zweiter Blick, der notwendig sein wird ist, was im Rahmen der neuen Organisation der Abfallwirtschaft in Graz auch möglich ist, in der Region zu heben an Möglichkeiten, und in dem Sinn geht der Antrag in die richtige Richtung und wird auch Thema in den nächsten Reformschritten sein, und ein Bericht bis Ende des Jahres kann dadurch auch vorgelegt werden.

Bgm.-Stvin. Rücker übernimmt um 17.26 Uhr den Vorsitz.

GR. Dipl.-Ing. **Topf**: Werte Frau Kollegin Bauer, liebe Susi, danke für den Antrag, die ÖVP wird sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt zustimmen. Es ist eigentlich ein erfreulicher Antrag, sage ich jetzt einmal für die Kommunen oder darüber hinaus

für zukünftige Verbände wie auch die Form der Abfallwirtschaft, die in Zukunft auch auf Kooperationsweise erfolgen kann und zwar deshalb, weil wir auf der anderen Seite natürlich auch durchaus Interessen (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) vernehmen können aus dem Bereich der Privatwirtschaft, wo also doch die Andienungspflicht sehr stark in Frage gestellt wird und wir derzeit, glaube ich, soweit in der Stadt Graz sind, dass wir auf höchstgerichtliche Urteile warten, so könnte man sagen, wäre das wieder ein durchaus erfreuliches Argument, die Abfallwirtschaft insbesondere, die du angesprochen hast, wieder im Bereich der Kommune oder der Abfallwirtschaftsverbände, wenn es über die Grenzen hinausgehen sollte, zu behalten. Also danke für den Antrag. In beiden Fällen, also sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt, stimmen wir seitens der ÖVP-Fraktion zu (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wir haben uns seitens des BZÖ erfreut gezeigt über diesen dringlichen Antrag. Wir haben nur uns dahingehend beraten und es auch analysiert, dass Kooperation an sich als Methode die richtige ist, wir wissen alle, dass man, wenn man größere Skaleneffekte erzielen kann, wenn man größere Mengen hat, wenn man mehr logistische Möglichkeiten gemeinsam hat, dass man das eine oder andere besser und erfolgreich machen kann. Die kooperative Funktion ist drin in dem Antrag. Was fehlt ist, dass wirklich aus dieser Kooperation ein wirtschaftlich messbarer Erfolg auch erwartet werden soll, weil es kann durchaus sein, dass auch eine Kooperation, wenn der nicht so wirtschaftliche Erfolgreiche eigentlich der Tonangeber ist und der andere, der Bessere, orientiert sich am Schlechteren, was theoretisch auch passieren könnte, dass dann der Gesamteffekt oder zumindest der, den wir betrachten für die Stadt Graz, nicht der entsprechende wäre. Ich bitte also, ersuche, stelle keinen Abänderungsantrag, aber ich hoffe, dass wir es auch in diesem Sinne einfach verstehen, dass Kooperation dann wirklich erfolgreich ist und

zielführend ist, wenn wirklich auch wirtschaftlich messbar ein Erfolg daraus lukriert werden soll und ich denke bei allfälligen Kooperationsbeispielen, die wir angehen, sollten wir das auch dahingehend darstellen, dass man wirklich nachher sagen kann, so haben wir es bisher einzelwirtschaftlich gemacht und das bietet uns die Kooperation, dass man wirklich diesen Erfolg darstellen kann, dann ist uns allen geholfen. Danke.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

4) Sonderprüfung von Bestandsverträgen durch den Stadtrechnungshof

GR. Dr. **Wohlfahrt** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Sehr geehrte Damen und Herren! Es geht um eine Sonderprüfung von Bestandsverträgen durch den Stadtrechnungshof. In Österreich und auch in Graz war und ist es üblich, öffentliche Aufgaben, zum Beispiel Kinderbetreuung, Betrieb von Lehrlings- und Studierendenheimen, auch durch parteinahe Organisationen durchführen zu lassen.

In diesem Zusammenhang gab und gibt es nicht nur Subventionen für den laufenden Betrieb dieser Einrichtungen, sondern auch die kostenlose oder nicht marktkonforme Überlassung von Liegenschaften. Außerdem gibt es in Graz sogar die Besonderheit, dass es extra Parteisubventionen für den Betrieb derartiger Einrichtungen gibt. Über

diese Parteiförderung möchte ich hier nicht reden, das kennen wir alle, das müssen wir auch einmal klären, aber es gibt vier Töpfe mit unterschiedlichen Bestimmungen und ich glaube auch, die Parteienförderung könnte hier etwas transparenter und klarer werden, aber hier geht es in diesem dringlichen Antrag um die Bestandsverträge zwischen der Stadt und diesen Vereinigungen.

Einige dieser nicht transparenten Subventionen haben uns in letzter Zeit im Gemeinderat beschäftigt und/oder wurden öffentlich diskutiert, wie beispielsweise die nicht ordnungsgemäße Verwendung von Grundstücken durch politische Parteien oder diese Überlegungen in diesem Zusammenhang, es geht durch die Zeitungen, hier muss man einfach genauer einmal hinschauen und das ist eben dieser Inhalt dieses Antrages.

Moderne und transparente Politik muss dieses Beziehungsgeflecht entwirren und für eine klare Aufgabentrennung sorgen. Natürlich sollen parteinahe Organisationen auch weiterhin in diesen Bereichen tätig sein können, aber nur bei Einhaltung voller Transparenz und zu gleichen Bedingungen wie andere Organisationen. Dass es hier noch einige dieser Verbindungen gibt, hat meine Anfrage gezeigt, die ich vor rund drei Monaten Stadtrat Rüschi gestellt habe und danke hier auch für die Antwort, die ich darauf bekommen habe. Es gibt eben noch einige dieser Bestandsverträge und die Idee ist jetzt natürlich, wer soll schauen, ob diese Bestandsverträge passen oder nicht, und zur Entwirrung dieses Beziehungsgeflechts erscheint es uns unbedingt notwendig zu sein, alle bestehenden Bestandsverträge systematisch darzustellen und auch eine Übersicht über die Übertragungen zu erarbeiten. Und wer ist dazu besser geeignet als unser Rechnungshof, diese Übersicht einerseits zu erarbeiten, wo es schon Vorleistungen gibt und natürlich auch zu beurteilen, weil es ist nicht gut, wenn eine Partei hier über andere Parteien urteilt und dergleichen. Also in diesem Sinne, glaube ich, dass der Rechnungshof genau dieses Institut ist, das uns hier eine schöne Übersicht machen kann und auch eine erste Bewertung darstellen kann, was davon

ist marktkonform, was ist hier eher nicht marktkonform und wie ist das einzuschätzen.

Deswegen stelle ich folgenden

dringlichen Antrag:

Der Rechnungshof möge in einer umfassenden Sonderprüfung alle Bestandsverträge (Miet-, Pacht- und sonstige Verträge) und Übertragungen von Grundstücken zwischen der Stadt Graz und ihren Beteiligungen einerseits und den politischen Parteien und den ihnen nahe stehenden Organisationen andererseits überprüfen und darüber dem Kontrollausschuss berichten (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Korschelt** zur Dringlichkeit: Frau Vorsitzende, hoher Gemeinderat! Wir werden der Dringlichkeit nicht zustimmen, aber nicht auf Grund des Inhaltes, sondern weil wir glauben, dass es hier der falsche Ort ist, weil Sie haben in Ihrer Fraktion ja jederzeit die Möglichkeit, auf Grund Ihrer Stärke eine Prüfung des Rechnungshofes zu beantragen und wir glauben, dass hier diese Vermischung mit einem dringlichen Antrag nicht das ist, was eigentlich dem Statut entspricht, sondern Sie haben ja jederzeit die Möglichkeit, eine Prüfung durch den Rechnungshof mit sieben Mandataren zu verlangen. Das geht ja jederzeit und wir glauben nicht, dass es dieser entspricht dem Sinn eines dringlichen Antrages. Aber wir wollen natürlich nicht dann irgendwie einen Schatten auf irgendjemanden fallen lassen, wir werden dem Inhalt zustimmen, aber wir werden aus diesem Grund der Dringlichkeit nicht zustimmen, weil wir glauben, dass der dringliche Antrag nicht das richtige Instrument für Ihre Intention ist (*Applaus FPÖ*).

GR. **Grosz**: Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat, sehr geehrter Zuseherinnen und Zuseher! Gemeinderat Dr. Wohlfahrt, wir werden dem Antrag selbstverständlich zustimmen und wir danken auch für diese Initiative, weil wir auch der Meinung sind, dass hier endlich in diesen Bereich Transparenz einkehren muss, ist eine gute Initiative, wir erleben da ständig durch Zeitungen, wo da Beziehungsgeflechte, wie Sie das auch im Antrag nennen, auch zu Fraktionen dieses Hauses im höflichen Fall zu einer unschönen Optik, nennt man das, führt, wie zum Beispiel auch der freiheitlichen Partei Grundstücke etc., aber auch der Sozialdemokratie und deren Nutzen und ich sage ihnen ganz einfach, der Steuerzahler ist nicht dafür da illegale Parteifinanzierung über Umwege durchzuführen und wir haben alles auch in diesem Bereich, im Gemeinderat, daran zu setzen, dass diese Verklüderung der Sitten, die offenbar vor 10/20 Jahren hier in der Stadt dazu geführt hat, dass überhaupt solche Bestandsverträge möglich waren, endlich ein Ende finden. Wie ich auch persönlich der Meinung bin, dass solche Politpensionäre wie Götz und Co auch nichts mehr in einer Zeit verloren haben, wo wir die höchste Arbeitslosigkeit zu verzeichnen haben und im öffentlichen Bereich überall sparen müssen auf dem Rücken der Daseinsvorsorge der Bürgerinnen und Bürger. Das ist für niemanden mehr erklärbar. In dem Sinn danke ich dem Antragsteller, weil er durchaus die Nehmerqualitäten der einen oder anderen Fraktion auch offenlegt und darlegt und gemeinsam mit dem Rechnungshof wir in Zukunft aber auch mit der Grünen Fraktion diesem einen Riegel vorschieben. Wir stehen zwar nicht am Antrag drauf, aber betrachten sie es ideell, dass wir Mit Antragsteller sind selbstverständlich, um das mit voller Härte unterstützen, dass wir hier Licht ins Dunkle, in diesen blauen Sumpf hineinbringen.

GR. Mag. **Haßler**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Nach dem Auftritt vom Kollegen Grosz werde ich mich bemühen, wieder ein bisschen Sachlichkeit in die

Diskussion zu bringen. Ich glaube, Transparenz ist etwas, was uns allen am Herzen liegen muss und deshalb werden wir sowohl der Dringlichkeit als auch dem Antrag zustimmen, das wäre es in aller Kürze. Danke.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Ich glaube, das ist ganz gut, der Antrag ist von der richtigen Fraktion gestellt, wir stehen dazu, dass wir diesen Antrag gestellt haben. Wir stellen ihn auch ganz gerne alleine, aber wir freuen uns über die breite Zustimmung und Unterstützung von allen Seiten, das möchte ich schon auch klarstellen. Danke.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

5) Mehr Akutbetten für den Drogenentzug in der Steiermark

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Fabisch**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Von einer Drogensucht loszukommen, ist sehr schwer. Eine vollständige Überwindung der Drogenabhängigkeit dauert mehrere Monate. Am Beginn der Therapie steht aber immer der körperliche Entzug, der zwar nur wenige Tage dauert, an den menschlichen Organismus jedoch höchste Anforderungen stellt. Da es zu Komplikationen kommen kann, sollte der körperliche Entzug stets unter ärztlicher

Aufsicht erfolgen. Erst anschließend kann die längere Phase der sogenannten „Entwöhnung“ mit einer entsprechenden psychotherapeutischen Nachbetreuung beginnen.

Drogenabhängige Grazerinnen und Grazer, die ernsthaft bestrebt sind, im Rahmen eines stationären Entzugs von den Drogen wegzukommen, stehen allerdings vor einer riesigen Hürde: Um ein Bett zu bekommen, muss man mehrere Monate warten (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*).

In der gesamten Steiermark gibt es laut Auskunft des Grazer Kontaktladens der Caritas mit „Walkabout“ nur eine einzige Einrichtung, die auf den stationären Entzug von Drogenkranken spezialisiert ist. Diese verfügt jedoch mit nur 10 Betten über viel zu geringe Kapazitäten. Derzeit dauert die Wartezeit auf ein Entzugsbett bei Walkabout zwischen vier und sechs Monate. Die Warteliste umfasst dauerhaft zwischen 40 und 80 Personen.

Wir dürfen Drogenkranke, die von ihrer Abhängigkeit loskommen möchten, nicht im Stich lassen, sondern sollten ihnen eine sichere Möglichkeit bieten, den körperlichen Entzug durchzuführen.

Ich stelle daher im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs den

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz fordert das Land Steiermark auf dem Petitionswege auf, die Anzahl der Akutbetten für den Drogenentzug entsprechend aufzustocken und an den tatsächlichen Bedarf in unserem Bundesland anzupassen. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

GRin. Mag.^a **Ennemoser** zur Dringlichkeit: Also bei diesem Antrag steht hier im Vordergrund die Bewältigung der akuten Krise und die Sicherung des Überlebens, um nach dem Drogenexzess dann mit klarem Kopf dann die weitere Therapie zu entscheiden. Witzig finde ich das nur, dass ich einen ähnlichen oder fast den gleichen Antrag mit gleichem Inhalt gemacht habe im November 2008, und die KPÖ hat zwar der Dringlichkeit zugestimmt, aber nicht dem Inhalt. Uns aber geht es um die Sache und daher stimmen wir diesem Antrag der Dringlichkeit (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) und dem Inhalt zu (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Haas-Wippel**: Wir stimmen diesem Antrag natürlich zu, weil wirklich ein eklatanter Mangel an Betten besteht. Ich möchte nur zu bedenken geben, dass es ganz wesentlich ist, auch präventive Maßnahmen zu setzen. Wir stimmen der Dringlichkeit und dem Antrag zu. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, lieber Kollege Andreas Fabisch! Wie du dir vorstellen kannst, finden wir diesen Antrag sehr gut, weil wir dieses Thema ja auch in vergangenen Anträgen mit anderen Themen zum Thema Drogen sehr wohl auch thematisiert haben und zum gleichen inhaltlichen Schwerpunkt gemacht haben. Ich möchte nur vielleicht den Antragstext dahingehend etwas präzisiert wissen, dass es uns um den Bedarf Grazer Patientinnen und Patienten geht und wir hier als Grazer Gemeinderat nicht für die gesamte Steiermark sprechen können. Dennoch wissen wir, dass gerade therapeutische Einrichtungen wie im Walkabout nicht sich im Gemeindegebiet von Graz befinden. Also somit natürlich ein Steiermarkbezug ist und wir wissen aber auch, dass gerade im LSF eine bedeutende ambulante Einrichtung besteht, die Drogenabhängigen behilflich sein kann, den richtigen Weg zu finden, um eine Drogenentwöhnung wirklich einzuleiten.

Und es ist wirklich so, dass dieser gesellschaftliche Auftrag und damit auch ein politischer Auftrag besteht, Menschen, die in diese Situation durch widrigste Umstände möglicherweise gekommen sind, die an Suchtmitteln leiden, die wirklich körperlich abhängig machen, dass man ihnen wirklich behilflich ist, wenn sie es wünschen und wenn sie diesen Weg auch beschreiten möchten, der mit viel Schmerz und Leid ja auch verbunden ist, diesen Entzug für sich einzuleiten, dass man ihnen hilft. Aber auch (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) sage ich darüber hinaus, dass über die Entzugsphase hinaus es ganz, ganz wichtig ist, diese Menschen sozial und auch wirtschaftlich wieder in Richtung eines normalen gesellschaftlichen Lebens zu führen. Alleine der Entzug wird nicht reichen, hier muss wirklich interdisziplinär auch weiter nachbetreut und nachbearbeitet werden und die Menschen sukzessive in die, nicht nur körperliche, sondern auch Freiheit im weitestgehenden Sinne wieder zu entlassen. Danke sehr (*Applaus BZÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. **Baumann** zum Antrag: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Sucht hat viele Ursachen, der Ausweg oder die Handhabung der Sucht braucht viele unterschiedliche Maßnahmen. Eine der Maßnahmen, um auszusteigen aus der Sucht, sind Akutbetten, die bei Bedarf entweder sofort oder auch für manche Klienten und Klientinnen mittels einer Warteliste zu erreichen sind. Walkabout wird ja demnächst eine Ambulanz in der Stadt Graz eröffnen, um dadurch auch den Kontakt der Suchtkranken, der Drogenkonsumenten und -konsumentinnen bis zum körperlichen Entzug halten zu können. Eine weitere wichtige Maßnahme in der Bekämpfung der Sucht wäre natürlich auch ein Drogenkonsumraum in Graz. Diese Forderung fehlt bei dir, Andreas und wir finden, dass dieser Diskurs über notwendige Maßnahmen zur Bekämpfung von Sucht und zu jeder Förderung vom Ausstieg beziehungsweise zum

menschlichen Umgang mit Sucht von Nöten ist. Wir werden jedenfalls diesem Antrag zustimmen, da wir auch sehen, dass es in Graz zu wenig Akutbetten gibt. Wir werden aber die Aufgabe auch weiter betreiben, dass es in Graz für Konsumenten und Konsumentinnen anstatt der öffentlichen Toiletten, die auch ein öffentlicher Konsumraum sind, auch eine Einrichtung geben wird, wo Drogenkonsumenten und -konsumentinnen ihren Konsum in geschützter Form vollziehen können. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Fabisch**: Lieber Kollege Baumann, der Drogenkonsum fehlt in diesem Antrag nicht, denn diese Diskussion ist eine andere, auch wenn sie engstens damit verbunden ist und du weißt und ihr wisst, ihr habt unsere Unterstützung selbstverständlich. Wir waren auch bei der Drogenenquete in diesem Punkt und wir wissen, dieses Thema ist leider noch nicht abgehandelt, aber ich glaube, wir ziehen in diesem Punkt am gleichen Strang. Zur Frau Kollegin Ennemoser, es war nicht ganz der gleiche Antrag vor eineinhalb Jahren. Außerdem im Land, glaube ich, hättet ihr auch die Möglichkeit, mit anderen Fraktionen dafür zu sorgen, dass es eine klare Mehrheit in diesem Punkt gibt, es war nicht der gleiche Antrag hier im Gemeinderat. Vielleicht wäre auch sonst dem mehr Erfolg beschieden gewesen. Zum Kollegen Mariacher. Die Trennung von Stadt und Land hier aufzuführen, finde ich nicht sehr gescheit, ehrlich gesagt, wir brauchen für beide Bereiche viel mehr Betten, für die Grazer und Grazerinnen und für die restliche Bevölkerung von der Steiermark. Der Bedarf ist skandalös hoch. Vier bis sechs Monate Wartezeit, das bedeutet mit einem Wort, dass viele der Patienten, die diese Betten jetzt benötigen, in wenigen Monaten wahrscheinlich keinen Bedarf mehr haben werden diesbezüglich, muss man auch sagen. Also jeder, der ein Bett braucht, muss es sofort bekommen können, es geht um diese Menschen, es geht um Gesundheit, es geht um Leben, es geht nicht nur um diese Menschen, es geht auch um ihre Familienangehörigen, um ihre Freunde, die alle mitleiden. Ja, ich bedanke mich trotzdem für diese starke, große Zustimmung und

ich hoffe, dass wir bald für jeden, der es braucht, auf der Stelle ein Bett zuweisen können. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

6) Einheitliche fachliche Qualitätsstandards für Kinderbetreuungseinrichtungen

GRin. **Benedik** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Benedik**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Aufgerüttelt durch den im April 2010 vom Stadtrechnungshof veröffentlichten Bericht zum Kostenvergleich von Kinderbetreuung und durch den Bericht an den Gemeinderat durch das zuständige Fachamt, wonach einheitliche städtische Qualitätsstandards bei privaten Trägern nicht eingefordert werden beziehungsweise durch die Stadt gar nicht durchsetzbar sind, scheint mir ein dringender Handlungsbedarf gegeben. Die unterschiedlichen Kinderbetreuungsmodelle in unserer Stadt, die bislang nur schwer vergleichbar sind, sollen zumindest im Hinblick auf eine fachliche Qualitätssicherung sowie hinsichtlich der Qualitätsstandards und -kriterien auf eine gemeinsame Basis gestellt werden.

Folgende Fakten sind hiezu anzuführen:

In Graz werden 13, ab Herbst 2010 sogar 15 Kinderkrippen städtisch geführt. Dieser Zahl stehen 30 private im städtischen System und zwei nicht im System befindliche Einrichtungen gegenüber. Bei den Kindergärten werden 49 Betreuungseinrichtungen städtisch geleitet. Hinzu kommen 49 private Betreiber im städtischen Tarif sowie 24 private Betreiber außerhalb desselben.

Es ist wohl unbestritten, dass wir allen Kindern in Graz, ungeachtet des Umstandes, ob sie in städtischen oder privat geführten Betreuungsstätten angemeldet sind, eine qualitativ hochwertige Betreuung angedeihen lassen wollen. Alle Kinder sollten ein Recht auf die gleichen – wohlgemerkt hohen – Qualitätsstandards haben. Das derzeitige Qualitätshandbuch der städtischen Kindergärten könnte hier als geeignete Grundlage dienen, allerdings müssten noch wesentliche Faktoren ergänzt werden, da manches mehr als unklar abgefasst ist.

Ich beabsichtige mit meiner Initiative die Einführung eines ausgewogenen fachlichen Regelwerkes, das in der Folge für alle Betreiber von Kinderbetreuungseinrichtungen verbindlich ist und dessen Einhaltung regelmäßigen Kontrollen zu unterziehen sind.

Bei der Erstellung dieses Konzeptes sollen nachfolgende Punkte besondere Beachtung finden:

Die Implementierung eines sinnvollen Personalschlüssels, besonders bei Betreuungseinrichtungen mit hohem Migrantenanteil.

Die Aufnahme assistierender Sprachlehrer zusätzlich zur Kindergartenpädagogin in Gruppen mit besonders hohem Migrantenanteil.

Die regelmäßige Überprüfung der jeweiligen pädagogischen Konzepte und der Hygienevorschriften sowie die Kontrolle der sicherheitstechnischen Einrichtungs- und Ausstattungsmerkmale.

Die Fragen der Ausstattung bei Betreuungseinrichtungen für Kinder mit besonderen Bedürfnissen, etwa körpergerechte Sessel, um Haltungsschäden vorzubeugen.

Selbstverständlich ist auch, dass sich Betreuungseinrichtungen, die aufgrund dieses Regelwerkes Förderungen durch die Stadt erhalten, auch Kontrollen in diesem Sinne unterziehen müssen (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*).

Ich stelle daher namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Ämter werden beauftragt, im Rahmen der eigenen fachlichen Zuständigkeit Qualitätsstandards für alle Kinderbetreuungseinrichtungen in Graz zu entwickeln, deren Einhaltung auch entsprechenden Kontrollen zu unterziehen sind (*Applaus FPÖ*).

StR. **Eisel-Eiselsberg** zum Antrag: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Vieles, was Sie in Ihrem Motivenbericht anführen, vieles davon kann ich auch inhaltlich mittragen. Ich möchte dennoch einige Passagen ins richtige Licht rücken beziehungsweise einiges klarstellen. Grundsätzlich ist es so, dass sich die Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen, egal ob sie städtisch geführt werden oder privat oder privat im Tarifsystem sich nicht im luftleeren Raum bewegen, sondern grundsätzlichen gesetzlichen Standards unterliegen. Zum Beispiel ist im Steiermärkischen Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz ganz klar geregelt, wie die Standards für die pädagogischen Aufgaben sind, die Bildungsinhalte, die Betriebsformen, Öffnungszeiten, Kinderanzahl, Personalschlüssel, Erfordernisse an Raum im Inneren so wie auch im Freien, auch die Tagesmütterbetreuung ist geregelt. Es gibt darüber hinaus ein detailliertes Raumprogramm der für Kinderbildungs- und -betreuung zuständigen Fachabteilung des Landes, das regelt sogar die Möblierung bis

hin zur Qualität der Räume und Freiräume, auch die Fragen der Ausstattung für Kinder mit besonderen Bedürfnissen sind in diesem Gesetz geregelt. Und das Heilpädagogische Statut des Landes Steiermark regelt auch den gesamten heilpädagogischen Bereich. Das heißt, das möchte ich einfach nur vorweg sagen, so unterschiedlich sind die Qualitätsstandards nicht, denn bei Nichteinhaltung dieser Standards würde die zuständige Fachabteilung des Landes die Einrichtung schließen oder eben gewisse Vorkehrungen treffen, damit die Standards eingehalten werden. Und es ist mir auch wichtig an dieser Stelle zu sagen, die Stadt Graz ist ein Träger wie viele andere, natürlich ein großer, ein öffentlicher, mit einer besonderen Verantwortung, aber wir als Stadt Graz werden genauso vom Land Steiermark kontrolliert mit der gleichen Intensität und Hartnäckigkeit und ich glaube, es ist auch gut, aber ich möchte damit sagen, wir als Stadt können beispielsweise einen Privaten oder ein privates Tarifsystem natürlich nicht kontrollieren, wir sind nicht die Aufsichtsbehörde. Das heißt, wenn man von unterschiedlichen Kinderbetreuungsmodellen spricht, so stimmt das eben nur bedingt. Wie Sie richtig schreiben, Frau Gemeinderätin, ja auch wir wollen, dass alle Kinder in Graz ungeachtet in welcher Betreuungseinrichtung sie untergebracht sind, die gleichen Qualitätsstandards vorfinden und das sind Qualitätsstandards, die aus unsere Sicht durchaus über die derzeitige gesetzliche Lage hinausreichen müssen. Das städtische Qualitätshandbuch kann ein Teil der noch zu erarbeitenden weiteren Qualitätsstandards sein, aber eben nur ein Teil. Wir haben Ende des vergangenen Monats, Anfang dieses Monats, uns auch in der Koalition geeinigt einen Projektauftrag einzuleiten, eine Arbeitsgruppe und mehrere Arbeitsgruppen, Untergruppen zu gründen, die sich eben mit diesen einheitlichen Qualitätsstandards für ganz Graz befassen. Und das ist eigentlich unser vorrangiges Ziel; uns ist aber auch völlig klar, dass wenn wir gewisse Standards auch von den privaten Einrichtungen verlangen, die über das Gesetz hinausgehen, die Privaten natürlich auch sagen werden, gut wir machen gerne dies und das, aber wir können das, wenn es über das Gesetz hinausgeht, nicht gratis machen, das heißt, es würde wieder was Zusätzliches kosten. Wir sind uns aber, nicht nur wir beide, ich denke alle hier im Haus, sind uns

einig darüber, dass wir in Einrichtungen, die besondere Herausforderungen haben, sei es jetzt, weil eben viele Kinder mit Migrationshintergrund da sind oder Kinder, die einen besonderen Förderbedarf haben, auch der Personalschlüssel ein anderer sein müsste, das sieht das Gesetz ja leider nicht vor. Hier muss die Stadt Graz mit dem Budget der Stadt Graz da und dort einfach in die Bresche springen, Stichwort Integrationsassistenten, die wir jetzt zumindest jetzt einmal für drei Monate in Kindergärten etablieren konnten mit einem hohen Migrantenanteil. Stichwort Sprachförderung, wo wir ebenfalls in Kindergärten, insbesondere jene Kinder erreichen wollen, die im Herbst in die Schule gehen. Aber das sind im Moment noch Fakten, die wir, oder Tatsachen, die wir selbst finanzieren müssen, wir tun es, weil wir überzeugt sind davon, dass es wichtig und richtig ist, um den Kindern eine Chance zu geben, in der Schule auch adäquat mitzukommen. Hier müsste sich am gesetzlichen Standard was ändern so wie auch im heilpädagogischen Bereich, so auch bei Kindern mit einem besonderen Förderbedarf, hier sieht das Gesetz ja entsprechende höhere Personalschlüssel und höhere Unterstützungen vor. In dem vorhin genannten Bereich leider noch nicht. Wir möchten also, und diesen Projektauftrag haben wir gestartet, als Ziel formulieren, dass die gesamtstädtische Qualität auch unter Berücksichtigung der sozialräumlichen Vernetzung bei gleichzeitiger Wahrung der pädagogischen Vielfalt in dieser Stadt den Eltern eine echte Wahlfreiheit geboten wird in Zukunft, auch im Hinblick auf die Kosten, auf die Tarife und die Qualität der einzelnen Einrichtungen. Es ist unser Ziel, dass jedem Grazer Kind in Zukunft trägerunabhängig klar definierte Qualitätsstandards in jeder Einrichtung zur Verfügung stehen. Und nachdem wir inhaltlich in vielen Punkten durchaus einer Meinung sind, auf der anderen Seite dieser Projektauftrag aber bereits gestartet wurde, wir haben ein erstes Trägertreffen bereits am 30. Juni dieses Jahres, wo alle Träger eingeladen wurden, denke ich, dass wir inhaltlich in vielen Punkten konform gehen werden auch in Zukunft, aber die Dringlichkeit auf Grund der bereits eingeleiteten Schritte seitens der ÖVP nicht erkannt wird (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Meißlitzer:** (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*) SPÖ stimmt nicht zu.

GR. **Baumann:** Den Handlungsbedarf und auch die Stoßrichtung hat der Herr Stadtrat skizziert, die Vorgaben auch im Rahmen der Koalition sind gegeben, der Prüfauftrag ist noch viel weitergehend als die Punkte, die du aufgeführt hast in deinem dringlichen Antrag. Es sind ein paar Sachen, die sind zu tun selbstverständlich, da bin ich ganz auch bei dir, auch was die Zuweisung oder was den Eintritt, was die Auswahl an den unterschiedlichsten Betreuungseinrichtungen in Graz gibt, da haben wir noch quasi Defizite, da spielen die sogenannten Privaten noch nicht im Einklang mit den Magistratskindergärten, da ist noch etwas zu machen. Aber diese Reform, diese Zusammenschau von privaten und öffentlichen Kindergärten ist auf Schiene, vielleicht noch nicht so lange, aber im Herbst wird es da die ersten Ergebnisse geben und wenn man von Kinderbetreuung redet, da reden wir von der Krabbelstube, also von den Kinderkrippen, Krabbelstubenkindern, von den Krippenkindern, von den Kindergartenkindern und natürlich auch von den Kindern, die in den städtischen und vielleicht in dem einen oder anderen privaten Hort auch sind. Wir werden der Dringlichkeit deswegen auch nicht zustimmen, weil die Sache im Laufen ist und inhaltlich Schwarz/Grün da einen weiteren Entwurf vorhat (*Applaus Grüne*).

GRin. Mag.^a **Taberhofer:** Liebe Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Obwohl der Herr Stadtrat jetzt genauer ausgeführt hat die nächsten Vorhaben und eine Optimierung in Bezug auf Qualitätsstandards und Vereinheitlichung, möchte ich trotzdem sagen, dass der vorliegende Antrag vom Inhalt her in diese Richtung von unserer Seite her durchaus befürwortet wird, weil er einfach auch deutlich macht, dass städtische Kindereinrichtungen eine andere Garantie für Qualität irgendwie sicherstellen für unsere Kinder als es die privaten Einrichtungen tun. Es ist einfach

mal so, dass die uneinheitlichen Gegebenheiten in den Kindereinrichtungen sehr wohl damit zu tun haben, dass der Einfluss auf städtische Kindereinrichtungen und die Umsetzung von Qualitätsstandards möglich ist, während private Einrichtungen nach Profitlogik ihre Kindereinrichtungen auch gestalten und da im Personalschlüssel Probleme sind, es gibt also Probleme bei der Entlohnung der Beschäftigten, also es gibt eine Vielzahl an Problemstellungen in privaten Einrichtungen, die die Beschäftigten und letztendlich dann insbesondere also die Kinder irgendwie betreffen. Und weil diese Situation so ist und weil wir nur auf städtische Einrichtungen in dem Ausmaß Forderungen formulieren können, um Qualitätsstandards sicherzustellen, ist das ein Problem und es hat sich in den letzten Jahren durchaus auch gezeigt, dass es zwar Kontrollen gibt, aber Kontrollen erfassen nicht immer alle Probleme und es hat auch schwarze Schafe gegeben, also ich weiß, dass man dann natürlich eingegriffen hat und versucht hat, zu Lösungen zu kommen, aber es ist schwieriger und der Einfluss und Gestaltungsspielraum, den wir haben, können wir nicht auf die privaten Einrichtungen umlegen. Und prinzipiell haben alle Kinder in unserer Stadt, die in Kinderbetreuungseinrichtungen sind, einen Anspruch auf möglichst hohe Qualität und auch die Beschäftigten haben das. Und deshalb widerspiegelt der Antrag das, was wir auch sagen, städtischen Einrichtungen und der Einfluss, den wir setzen können, ist für uns der Vorzug zu geben gegenüber privaten Einrichtungen und wenn die Stadt mehr Geld in die Hand nehmen muss, um quasi bei privaten Einrichtungen die Standards zu heben, dann halte ich das nicht für unproblematisch, weil eigentlich muss es Aufgabe auch der privaten Einrichtungen sein, das zu garantieren. Wir stimmen trotzdem der Dringlichkeit und dem Inhalt zu, auch wenn wir natürlich sehen, dass da Qualitätsstandards und Ausarbeitung, aber trotz alledem kann man ja etwas nochmals bestätigen und die Notwendigkeit nochmals deutlich machen, deshalb werden wir beiden zustimmen. Danke (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Benedik**: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Es freut mich, dass einer meiner vielen Anträge, Kinderbetreuungseinrichtungen qualitätsvoller zu machen, Gehör findet und Sie doch überlegen, dass Sie Qualität und Qualitätsstandards doch einführen müssen. Ich habe hier vor mir allerdings den Vertrag zum städtischen Tarifsysteem liegen und da steht zum Beispiel vorhandenes pädagogisches Konzept. Jetzt frage ich Sie wirklich, wer überprüft denn die Richtigkeit beziehungsweise die Einhaltung und zu welchem Zweck? Es wird auch im Qualitätshandbuch, das würde ich auch sehr, sehr dringend überarbeiten, hier kommen also häufig Worthülsen vor wie zum Beispiel vielfältige Materialien, ja welche denn? Und wenn man zum Beispiel zum Personalschlüssel geht, da haben Sie vor ein paar Monaten gesagt beziehungsweise auch Medien haben davon berichtet, es brauchen nur Eltern zu Ihnen kommen, die keinen Kindergartenplatz haben und diese bekommen von Ihnen einen Platz. Ja, wenn die Kindergärten voll sind, frage ich Sie, dann müssen Sie sie ja überbelegen und das ist wieder keine Qualität. Ich würde dazu sagen, setzen Sie sich endlich mit Stadt und Land einmal an einen Tisch und machen Sie wirklich sinnvolle Konzepte, die Sie gemeinsam erarbeiten, weil Sie immer wieder auf das steirische Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz hinweisen. Wenn wir Freiheitlichen, jetzt muss ich zur sozialdemokratischen Partei kommen, wenn wir Freiheitlichen einen Antrag stellen, die Qualität in Kindergärten zu verbessern, ja da sind natürlich die Sozialdemokraten dagegen. Liebe Sozialdemokraten, Ihnen ist wirklich nicht zu helfen. Ich möchte nur zu meinem Schlusswort kommen und sagen, Kinder sind die Schwächsten in unserer Gesellschaft und verdienen qualitätsvolle Betreuung (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 18.10 Uhr den Vorsitz.

7) Anstieg der Jugendkriminalität

GR. **Sippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Sippel**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Mein dringlicher Antrag behandelt das akute Problem des Anstiegs der Jugendkriminalität in Graz. Es ist ein Sicherheitsthema, das momentan sehr viele Menschen auch in Graz bewegt. Wir kennen die Situation: Jugendbanden, Jugendgangs verunsichern Bürger, machen Plätze und Straßen in dieser Stadt unsicher und das ist ein Zustand, der leider Gottes, muss man sagen, in den letzten Monaten vehement zugenommen hat und hier ist ganz einfach auch seitens der Kommunalpolitik unbedingt Handeln auch gefragt. Es ist ein wiederholter Anlauf von uns Freiheitlichen, in Sicherheitsfragen in dieser Stadt für Verbesserungen zu sorgen. Anlässlich der Drogenproblematik, auch ein virulentes Sicherheitsthema in dieser Stadt, hat ja auch die ÖVP und der Koalitionspartner, die Grünen, hier immer davon gesprochen, dass sie als konstruktive, ich zitiere da den Kollegen Schneider, als konstruktive Parteien in dieser Frage sich um dieses Thema kümmern, bis jetzt ist das eher eine Vorgabe, es ist nicht wirklich was passiert, die Sicherheitssituation in dieser Stadt ist eher schlechter geworden. Beispiel nur auch das Universitätsviertel, passiert ja in dieser Frage auch viel zu wenig.

Es liegt jetzt wieder einmal an uns Freiheitlichen, hier eine Initiative zu starten und deshalb bringen wird auch den

dringlichen Antrag

ein, der Gemeinderat wolle beschließen:

Herr Bürgermeister Nagl wird ersucht, im Rahmen der Sicherheitspartnerschaft der Stadt Graz mit dem Bundesministerium für Inneres eine Sicherheitsenquete auszurichten, in deren Rahmen Lösungsvorschläge der oben skizzierten Problemstellungen erarbeitet werden.

Zu gegenständlicher Enquete sollen neben den zuständigen Ämtern auch die Vertreter der lokalen Sicherheitsbehörden sowie die zuständige Frau Bundesminister persönlich eingeladen werden. Dankeschön.

GR. **Hohensinner** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat, lieber Armin! Der Antrag ist wichtig, der Motivenbericht dient der Sache nicht, sage ich einmal wie du ihn beschrieben hast. Das Thema Jugend sollte ständig unser Thema hier im Grazer Gemeinderat sein, überhaupt auch der präventive Ansatz, dass junge Menschen gar nicht dazu kommen, Straftaten zu machen. Genauso großen Wert, lieber Herr Korschelt, lege ich darauf, dass es die Jugend nicht gibt, die Jugend und der Großteil der jungen Menschen in Graz sich wirklich extrem engagiert in die Gesellschaft einbringt. Wir haben uns sehr viel damit auseinandergesetzt, wir haben mit der Landessicherheitsdirektion Kontakt gehabt, haben uns die Zahlen angeschaut, und die Zahlen sind wirklich erschreckend, zwar in der Steiermark geht die Jugendkriminalität leicht zurück, in Graz steigt sie leicht an. Nicht in allen Bereichen, aber trotzdem überall dort, wo es einen Anstieg gibt, sollte uns das als Kommunalpolitiker zu denken geben und das habe ich mit „erschreckt“ gemeint.

Zwischenruf GR. Baumann: Nicht erschreckend.

GHR. **Hohensinner:** Deshalb setzen wir uns als Koalition Schwarz/Grün auch alle zwei Wochen zusammen. Schauen, dass wir Strategien entwickeln gemeinsam mit den Landessicherheits- und den städtischen Sicherheitsbehörden, aber auch mit den NGOs und NP, und der Antrag der FPÖ ist ja gut, ich habe gesagt, der Motivenbericht ist entbehrlich, weil eben es aus meiner Sicht nicht sinnvoll ist, auf Kosten dieser Gruppe hier parteipolitisches Kleingeld zu wechseln. Eine Enquete zu organisieren, erscheint uns aus diesem Grund als sinnvoll. Wir möchten nur, dass wir alle ins Boot holen, es hat keinen Sinn, dass man eben diese Gruppen nur nimmt, die im Antrag angeführt sind, deswegen wollen wir das Ganze auf breitere Beine stellen und vor allem junge Menschen selbst auf den Tisch bitten, dass sie auch ihre Meinung einbringen, wie man am besten vorgeht, dass wir weniger Jugendkriminalität haben. Deshalb haben wir uns geeinigt, nämlich eine ziemlich breite Einigung auf einen Abänderungsantrag, der wie folgt lautet: Der Sicherheitsbeauftragte der Stadt Graz, Mag. Wolfgang Hübel, wird ersucht, eine Enquete zum Thema Kinder- und Jugendkriminalität zu organisieren. Zur gegenständlichen Enquete sollen neben den zuständigen Ämtern auch die Vertreterinnen und Vertreter der politischen Fraktionen im Gemeinderat, die Vertreterinnen und Vertreter der lokalen Sicherheitsbehörden, eine oder ein Vertreter des Innenministeriums, die in diesem Bereich tätigen NP und NGOs, VertreterInnen der BerufsschülerInnen und Hochschulvertretung eingeladen werden. Ich bitte hier um eine breite Zustimmung, das Thema ist wichtig und wir sollten noch viel öfter über das Thema Jugend in diesem Haus reden (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GRin. Dr. **Richter-Kanik:** Thema ist extrem wichtig und wir sehen auch in letzter Zeit in Medien gibt es ständig neue Enqueten, neue Forschungsergebnisse. Aber mit diesem Antrag, wenn man nur dieses Thema anschaut, dann wir kriminalisieren die Jugendlichen. Ich vermisse die präventive Arbeit, warum sind die Jugendlichen kriminell, man muss das auch schauen und man muss auch in diese Richtung

Maßnahmen treffen und Inhalt, ich kann leider nicht zustimmen, weil ich sehe die Jugendlichen nicht in dieser Perspektive, sie sind unsere Zukunft und wir müssen sie anders unterstützen. Wir müssen schauen, warum sie kriminell geworden, warum sie gewalttätig sind und warum wollen sie Interesse haben. Wenn man Literatur schaut, mit der Strafe kann man das Verhalten nicht ändern, sondern dieses Verhalten wird noch stärker sein, deswegen Thema ist dringlich, das akzeptieren wir, aber mit dem Inhalt gehen wir nicht mit, wir unterstützen den Abänderungsantrag (*Applaus SPÖ, ÖVP und Grüne*).